

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Dienstag, den 23. September 1924.

Direktionswechsel in der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien. Der Direktor der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien Dr. Alfred Meller wurde in die Direktion des Giro- und Kassenvereines berufen und scheidet aus dem Institute, an dessen Spitze er seit dem Jahre 1913 gestanden ist. Dr. Meller, der auch dem Generalrate der Nationalbank angehört, und im Verbands der Niederösterreichischen Sparkassen die Stelle eines Vizepräsidenten bekleidet, hat die Zentralsparkasse insbesondere in den so schwierigen Jahren der Nachkriegszeit mit großer Umsicht und Hingebung geführt. Die Zentralsparkasse ist entgegen einer Reihe anderer großer Sparkassen ihren ursprünglichen Traditionen vollkommen treu geblieben, hat sich von allen scheinbar so nutzbringenden Geschäften der Inflationperiode fern gehalten, blieb aber dafür auch der darauffolgenden Krise von jedweden Verlusten bewahrt und hat daher jetzt sich eines ungewöhnlich großen Zustromes von Einlagen zu erfreuen und einen sehr starken Aufschwung zu verzeichnen. Direktor Dr. Meller hat daran tätigsten Anteil genommen und es wurde ihm auch seitens des Stadtsenates heute einstimmig Dank und Anerkennung ausgesprochen. - Zu seinem Nachfolger wurde gleichzeitig der Obersenatsrat Dr. Anton Schwarz bestellt. Dr. Schwarz führte als Nachfolger des zum Magistratsdirektor ernannten Dr. Hartl seit 1919 die Abteilungen 4 und 5, in denen die Abgaben und Finanzangelegenheiten der Gemeinde erledigt werden. In dieser Eigenschaft hatte er nicht nur Gelegenheit, seine großen juristischen Kenntnisse zu verwerten, sondern auch an den vielfachen Finanztransaktionen hervorragend mitzuwirken und seinen Ruf als einer der allertüchtigsten Funktionäre des Magistrates stets vollzu rechtfertigen. Der einhellige Antrag des Sparkassenausschusses, Herrn Obersenatsrat Dr. Schwarz zum Direktor des Institutes zu ernennen, wurde vom Stadtsenate gleichfalls einmütig genehmigt.

Internationale Ausstellung neuer Theatertechnik. Der Beginn der Eröffnungsvorstellung auf der Raumbühne im Mittleren Konzerthausaal, der für Mittwoch, den 24. September 7 Uhr abends angesetzt war, kann erst um $\frac{1}{2}$ 9 Uhr abends erfolgen. Das Programm enthält Tänze, Losch-Birkmeyer, den Film Ballet mec anique von Ferdinand Léger u. a. Die Uraufführung von Paul Frischauer's „Im Dunkel“ findet Samstag, den 27. September um $\frac{1}{2}$ 8 Uhr abends auf der Raumbühne im Mittleren Konzerthausaal statt. Karten an der Konzertkasse Gutmann, I., Kärntnerring 3 (Durchgang).

Musik- und Theaterfest der Stadt Wien 1924. Mittwoch, den 24. September, Staatsoper: Richard Strauss, Ariadne auf Naxos, Volksoper: Millöcker, Der Bettelstudent (Neuinszenierung). Großer Konzerthausaal: Ernst Barlach, Der tote Tag (Szenische Aufführung durch die Freie Schauspielervereinigung), Abends 7 Uhr.

Gemeinderat Josef Schmöltzer gestorben. Heute nachts verschied nach längerem Leiden Gemeinderat Josef Schmöltzer, der vom Bezirk Simmering in die Gemeindevertretung entsendet wurde. Der Verstorbene gehörte der christlichsozialen Partei an, war auch kurze Zeit Vorsteher von Simmering und wurde im Jahre 1919 in den Gemeinderat entsendet. Er gehörte dem Gemeinderatsausschuß für Allgemeine Angelegenheiten an und war einer der eifrigsten Mitarbeiter. Josef Schmöltzer stand im 60. Lebensjahr. Das Leichenbegängnis findet am Mittwoch, den 24. September um 4 Uhr nachmittags vom Trauerhaus, XI., Kopalgasse 49 aus statt. Die Beerdigung erfolgt auf dem Simmeringer Friedhof.

Wien, am Dienstag, den 23. September 1924. Abendausgabe.

Die Abschaltung des elektrischen Stromes während des Metallarbeiterstreiks. Im Wiener Stadtsenat richtete heute Stadtrat Rummelhardt an den amtsführenden Stadtrat für die städtischen Unternehmungen Vizebürgermeister Emmerling eine Anfrage, in der um Aufklärung über die Abschaltung des elektrischen Stromes während des Streiks der Metallarbeiter ersucht wird. Der Anfrager verwies vor allem darauf, dass nach Zeitungsberichten diese Abschaltungen durch städtische Organe vorgenommen worden sind. Es handle sich also um Sabotageakte, die ^{mit} Wissen der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke erfolgten. Er wünsche daher von dem amtsführenden Stadtrat für die städtischen Unternehmungen Aufklärung darüber, welche Entschädigung die Elektrizitätswerke den Konsumenten zu leisten gewillt sind.

Auf diese Anfrage erklärten Vizebürgermeister Emmerling und der städtische Personalreferent Stadtrat Speiser, dass die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke im Metallarbeiterverband gewerkschaftlich organisiert sind und sich dem Streik der Metallarbeiter anschließen wollten. Dadurch wäre nicht nur die gesamte elektrische Beleuchtung in den Strassen und Häusern ausgeschaltet gewesen, sondern es wären auch sämtliche Unternehmungen, die elektrischen Kraftstrom beziehen, stillgelegt worden. Vor allem aber hätte dieser Streik auch die lebenswichtigen Betriebe (Spitäler u. s. w.) betroffen. In schwierigen Verhandlungen ist es gelungen, diese allgemeine Gefahr abzuwenden. Als aber die Verhandlungen zwischen den Unternehmungen und Arbeitern sich in die Länge zogen, beschlossen die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke im Einverständnis mit der Streikleitung einen Teilstreik für den ersten Bezirk. Nun liegen aber die Verhältnisse so, dass der erste Bezirk nicht durch ein einheitliches Kabelnetz versorgt wird, sondern durch die verschiedenen von den früheren Gesellschaften übernommenen und von den städtischen Elektrizitätswerken selbst gebauten Leitungen. Es ist daher eine Abschaltung der Inneren Stadt ohne Schädigung der übrigen Stromkonsumenten nur auf Grund genauer Kenntnis der Kabelnetzverhältnisse möglich. Wenn nun die Arbeiter, ihrer dezierten Erklärung gemäss, um die Abschaltung der Inneren Stadt herbeizuführen, die Unterstationen, welche diesen Bezirk mit Strom versorgen, verlassen oder die Abschaltung selbst vorgenommen hätten, so wäre der Effekt ein viel weitergehender gewesen, ja es wären dadurch schwere Schäden im Stromnetz eingetreten, die eine Unterbrechung der Stromabgabe auf Wochen, ja Monate hinaus, verursacht hätten. Insbesondere wären dann auch die an die einzelnen Kabel angeschlossenen lebenswichtigen Betriebe in die Abschaltung einbezogen worden. Die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke hat daher mit den Arbeitern neuerlich verhandelt und es schliesslich erreicht, dass die Abschaltung durch Ingenieure des Werkes selbst vorgenommen werde. Was die rechtliche Seite der Angelegenheit anlangt, so kann von einer strafrechtlichen Verantwortlichkeit selbstverständlich nicht gesprochen werden, da ja nicht die Arbeiter, sondern die sachkundigen Organe des Elektrizitätswerkes die Abschaltung vorgenommen haben. Aber auch eine zivilrechtliche, also eine Schadenersatzverpflichtung der Elektrizitätswerke kann nicht geltend gemacht werden, weil im Stromlieferungsverträge ausdrücklich eine Haftung für Unterbrechungen in der Stromlieferung ausgeschlossen ist. Aber auch wenn man von dieser Vertragsbestimmung absieht, könnten sich die Elektrizitätswerke auf den Streik als höhere Gewalt berufen. Wäre nämlich der Streik in seiner von den Arbeitern ursprünglich geplanten Ausdehnung tatsächlich eingetreten, so wäre nach allgemein anerkannten Rechtsgrundsätzen eine Haftung ausgeschlossen. Es kann aber doch nicht den Elektrizitätswerk

zum Schaden gereichen, dass es die Schädigung seiner Konsumenten auf ein verhältnismässig so kleines Ausmass eingeschränkt hat. Der Stadtsenat nahm diese Mitteilungen zur Kenntnis.

-.-.-.-.-

Die Auflösung von Schulklassen. In der heutigen Sitzung des Stadtsenates stellte Stadtrat Rummelhardt die Anfrage, ob die Klassenauflösungen und die dadurch bedingten Umschulungen, die jetzt an den Wiener Schulen vorgenommen werden, aus fiskalischen Gründen erfolgen.

Stadtrat Speiser stellte zunächst fest, dass es in erster Linie pädagogisch-didaktische Erwägungen seien, welche zu dieser Massnahme führten. Im Vorjahre wurde die Erscheinung beobachtet, dass in einer Reihe von Schulen, die Schülerzahl sehr tief, in einzelnen Klassen auf acht bis zwölf heruntersank, wodurch verhindert wird, dass die in der modernen Pädagogik besonders betonte soziale Erziehung durchgeführt werde. Die im Gang befindlichen Massnahmen seien aber auch von dem Standpunkt einer richtigen Personalverwendung unbedingt notwendig, da es sich herausstellte, dass in einzelnen Bezirken Lehrermangel, in anderen Ueberflus an Lehrern bestehe. So könne der Bezirk Floridsdorf keine Lehrer bekommen, während die Schulen in Währing überdotiert sind. Der richtige Ausgleich der Lehrer müsse erfolgen, um auch auf diesem Gebiete die Kriegsunordnung endlich zu überwinden. Auch jetzt wird nur verlangt, dass die Schülerzahl in einer Klasse mindestens 25 betrage, eine Zahl, die sich nicht nur von den Wiener Friedensverhältnissen mit einer durchschnittlichen Kinderzahl von 48 in einer Klasse vorteilhaft unterscheidet, sondern wohl die Kritik der ganzen Welt auszuhalten vermag.

Stadtrat Breitner stellte ausdrücklich fest, dass diese Umschulung, wie bereits hervorgehoben wurde, in allererster Linie aus pädagogischen Gründen und aus dem Bestreben eine entsprechende Personalverwendung sicherzustellen erfolge, die finanzielle Auswirkung, so fern sie überhaupt in Erscheinung treten sollte, sicherlich nebensächlicher Natur sei. Auch von einer nennenswerten Ersparnis durch etwaige Pensionierungen von Lehrkräften könne keine Rede sein, da bekanntlich die Wiener Lehrpersonen eine neunzig prozentige Pension haben. Ob sich in einzelnen Schulen Ersparnis an Heizmaterial überhaupt ergeben wird, hängt davon ab, ob dort eine Zentralheizung ist oder nicht. Es kann daher gesagt werden, dass die vom Anfrager berührte Massnahme der Schulverwaltung nicht von Finanzreferat veranlasst wurde. Wenn es sich herausstellen sollte, dass bei diesen Massnahmen etwa eine überflüssige Verschwendung auftritt, so ist dies nur begrüssenswert, wenn man bedenkt, in welcher großzügiger Weise die Stadt Wien das Schulwesen ausgestaltet hat.

-.-.-.-.-

Keine Sprechstunde beim städtischen Wohlfahrtsreferenten. Am Donnerstag entfällt die Sprechstunde bei dem amtsführenden Stadtrat für die städtischen Wohlfahrtseinrichtungen Professor Dr. Tandler.

-.-.-.-.-

Musik- und Theaterfest der Stadt Wien 1924.

Eine Schubertfeier. Am Samstag, den 4. Oktober 1924 um 4 Uhr nachmittags findet im Rahmen des Musik- und Theaterfestes der Stadt Wien im Geburtshaus Schubert eine Schubertiade statt, die Chöre und ein Kammermusikwerk enthält. Nähere Mitteilungen in den nächsten Tagen.

-.-.-.-.-

Eine Festgabe für die Mitarbeiter an dem Musik- und Theaterfest. Das gemeinderätliche Komitee des Musik- und Theaterfestes der Stadt Wien 1924 hat beschlossen, den Mitarbeitern und Ehrengästen die faksimilierte Partitur von Mahlers X. Symphonie zu überreichen. Diese faksimilierte Ausgabe enthält hundert Blätter in einem Karton, der ebenfalls dem Original nachgebildet ist. Diese Sonderausgabe ist nummeriert, jedes Exemplar wird handschriftlich den Namen des Eigentümers und des Bürgermeisters tragen.

-.-.-.-.-